

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Ausverkauf des Sachverstands](#)
2. [Neue RKI-Corona-Fall-Studie: Einfluss der Kontaktsperre eher mäßig](#)
3. [Die Pandemie und die Mächte](#)
4. [Coronavirus-Pandemie: „Spaniens Sparpolitik rächt sich“](#)
5. ["Zeit der Virologen ist vorbei": Rechtsmediziner fordert neuen Corona-Fokus](#)
6. [Flatten two Curves: Corona und Klimaerwärmung](#)
7. ['Infect the young and isolate those at risk' - One German scientist's plan to end the lockdown](#)
8. [WHO-Schmusekurs mit China: Viel Lob und wenig Wachsamkeit](#)
9. [Baden-Württemberg: Verschärfung des Polizeigesetzes während Corona-Krise](#)
10. [Auf den Leim gegangen](#)
11. [Modketten stornieren Aufträge: Textilarbeiterinnen vor dem Nichts](#)
12. [Nationaler Berufsbildungsbericht: Zahl der Ausbildungsbetriebe sinkt auf unter 20 Prozent](#)
13. [Drohnen: Vorentscheidung im Juni 2020?](#)
14. [Seemansgarn aus Venezuela](#)
15. [Was bleibt vom Bernie-Hype?](#)

**Vorbemerkung:** Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

#### 1. **Ausverkauf des Sachverstands**

Der Sachverständigenrat (SVR) hat sich in einem Gastbeitrag für die FAZ zu einer „Exit-Strategie für Deutschland“ geäußert. Auch für ökonomische Laien ist unschwer zu erkennen, wie groß die Ratlosigkeit in diesem Gremium ist. Damit steht der SVR allerdings nicht allein da. Wichtig ist zu verstehen, warum soviel Ratlosigkeit herrscht. [...]

Warum hat sich der Sachverständigenrat nach seiner, vorsichtig ausgedrückt, fragwürdigen Prognose (BIP-Entwicklung -2,8 Prozent im wahrscheinlichsten Szenario, -5,4 Prozent im schlechtesten Fall) dazu entschlossen, dieses Beratungsvakuum durch den erwähnten Gastbeitrag in der FAZ auch noch öffentlich zur Schau zu stellen? Ist es der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die fünf Mitglieder einigen konnten? Ist Einigkeit zu demonstrieren wichtiger, als in einer Auseinandersetzung um den richtigen Weg zu ringen? Von dieser Auseinandersetzung könnten die Regierenden, die der Sachverständigenrat doch beraten soll, jedenfalls mehr lernen als von der Aneinanderreihung wohlfeiler Allgemeinplätze, die nur vermittelt, dass dieses Gremium angesichts der Corona-Krise hilf- und ratlos ist.

Nach Auseinandersetzung klingt aber auch das Interview nicht, das die neu in den Sachverständigenrat berufene Ökonomin Veronika Grimm dem Handelsblatt gegeben hat. Zur Lösung des Problems, vor das sich die Wirtschaftspolitik durch diese extreme Krise gestellt sieht, schlägt sie vor:

„Erst einmal sollte die Politik alles tun, damit die Wirtschaft nicht allzu sehr einbricht.“

Wie das funktionieren könnte?

„Die Tatsache, dass Deutschland eine Exportnation ist, lässt sich ja nicht in allen Facetten politisch beeinflussen. Es ist aber ganz offensichtlich, dass wir zum Ausgleich für die Exportstärke die Nachfrage im Inland stärken sollten, auch durch Investitionen.“

Vermutlich stimmen mit Frau Grimm an die 90 Prozent der Bevölkerung in diesem Punkt überein. Aber was heißt das konkret, wie „stärkt“ man Investitionen, noch dazu so rasch, dass „die Wirtschaft nicht allzu sehr einbricht“? In dem Interview erfährt der Leser dazu nichts.

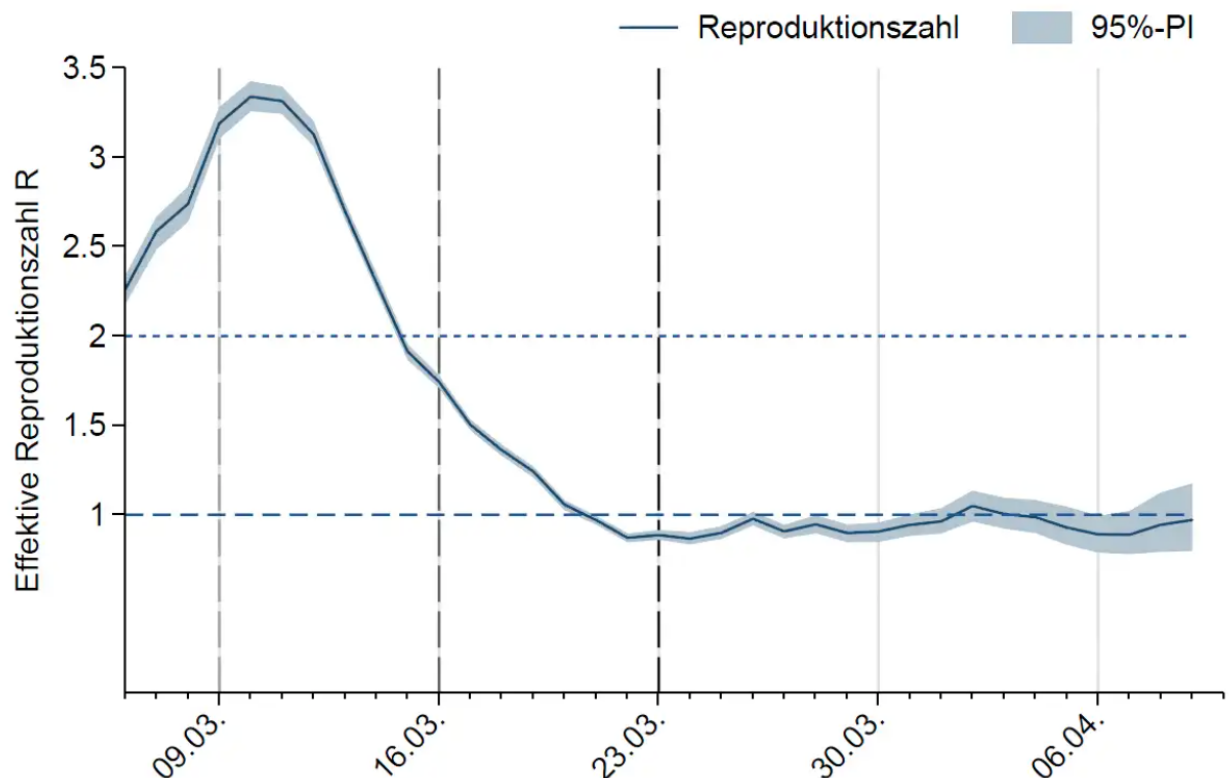
Quelle: [Makroskop](#)

## 2. **Neue RKI-Corona-Fall-Studie: Einfluss der Kontaktsperre eher mäßig**

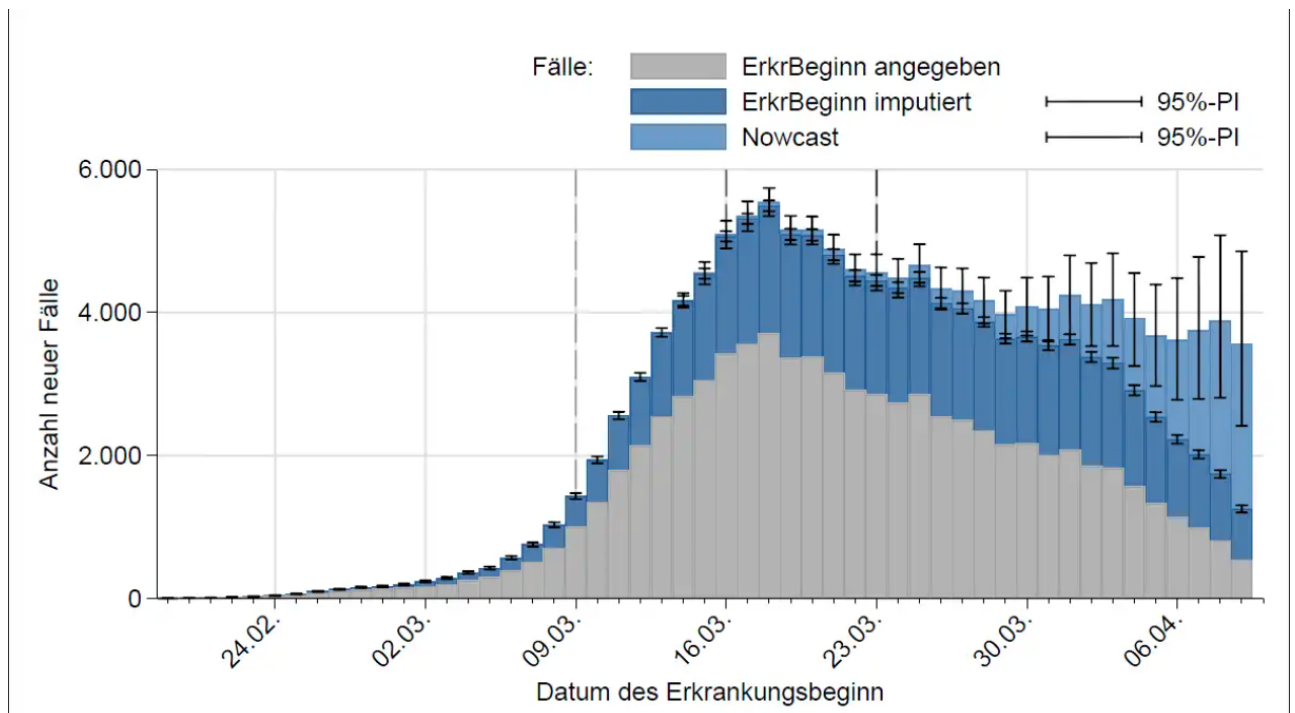
Mit dem Bezug auf den Erkrankungstermin kann man den Krankheitsverlauf von Covid-19 genauer verfolgen und den Effekt von Maßnahmen ablesen. (...)

Die Vorabversion der Studie zeigte so beispielsweise, dass die Kontaktsperre vom 23. März offenbar so gut wie gar keine Auswirkungen auf den Verlauf der Fallzahlen gehabt hat. Im aktuellen Update, das in dem heutigen Situationsbericht veröffentlicht werden wird und das heise online vorab zur Verfügung steht, sieht man nur einen mäßigen Effekt auf die Fallzahlen. (...)

In der im Bulletin 17 veröffentlichten Studie gehen die Autoren aber einen großen Schritt weiter und haben mit statistischen Methoden sämtliche Verzugszeiten gegengerechnet und zwar nicht bezogen auf einen irgendwie gearteten Meldetermin, sondern auf den Erkrankungstermin. Dieser ist nur in rund 61 Prozent der Meldungen von den Gesundheitsämtern aufgeführt. Für den Rest haben die Wissenschaftler mit plausiblen "Missing-Data"-Methoden (unter anderem mit Vergleich zu anderen in der gleichen Altersklasse, gleichem Geschlecht und so weiter) einen virtuellen Erkrankungszeitpunkt bestimmt, also auch dann, wenn die Erkrankten gar keine Symptome aufgewiesen haben (...)



Das am 9. April veröffentlichte Ergebnis berücksichtigt Erkrankungsstermine bis hin zum 4. April. Man sieht den starken Einfluss der Schulschließung am 16. März jedoch so gut wie keinen Einfluss durch die Kontaktsperre am 23. März.



Aus den per Imputation und Nowcasting ermittelten Daten können die Autoren auch eine Abschätzung der wichtigen effektiven Reproduktionszahl  $R$  ableiten. Hier zeigen sich deutlich die Effekte der Maßnahmen vom 9. März (Verbot von Großveranstaltungen, verstärkte Hygiene wie Händewaschen, und das ein paar Tage später stark propagierte und offenbar gut eingehaltene "Wir bleiben zuhause") sowie die Schul- und Kindergartenschließung am 16. März. Immer mit ein paar Tagen Verspätung wegen der Inkubationszeit. Danach kam  $R$  so gegen den 21. März auf unter 1.0. Auch in dieser Darstellung ist keinerlei Einfluss der Kontaktsperre am 23. März auf  $R$  zu erkennen.

Quelle 1: [Heise](#)

Quelle 2: [Schätzung der aktuellen Entwicklung der SARS-CoV-2- Epidemie in Deutschland - Nowcasting](#)

**Anmerkung Jens Berger:** *Wir halten fest - die hier aufbereiteten Daten des RKI liefern keinen Hinweis für die Wirksamkeit der Kontaktsperre und der harschen Maßnahmen, die nach dem 16. März in den Ländern umgesetzt wurden und die wirtschaftliche Basis massiv erschüttert haben. Da stellt sich doch die Frage, warum diese Erkenntnisse bei der Debatte um einen schrittweisen Exit nicht thematisiert werden?*

### 3. **Die Pandemie und die Mächte**

Die Coronakrise kann den ökonomischen und politischen Abstieg Deutschlands und der westlichen Mächte beschleunigen. Dies geht aus den jüngsten Wirtschaftsprognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und aus Analysen von US-Außenpolitikexperten hervor. Wie es etwa in der US-Fachzeitschrift Foreign Policy heißt, habe das "peinliche Debakel" der Trump'schen Krisenpolitik den Ruf der Vereinigten Staaten als eines Landes, "das weiß, wie man etwas wirkungsvoll tut", empfindlich geschädigt. Andere Länder seien eher bereit, sich an Staaten zu orientieren, "die den Höhepunkt der Infektion hinter sich haben" - etwa an China, urteilt der Präsident des renommierten Council on Foreign Relations. Auch die EU habe in der Krise versagt. Ökonomisch wird China laut dem IWF weniger unter der Pandemie leiden als die westlichen Länder: Seine Wirtschaftsleistung werde schneller als vermutet diejenige der Eurozone hinter sich lassen und sich derjenigen der Vereinigten Staaten annähern. Die sich abzeichnende Machtverschiebung wird im Westen von aggressiver Stimmungsmache gegen China begleitet.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

### 4. **Coronavirus-Pandemie: „Spaniens Sparpolitik rächt sich“**

Nach den USA ist Spanien das am schlimmsten von der Coronavirus-Pandemie betroffene Land der Welt. Und das hat mehrere Gründe, analysiert ein Allgemeinmediziner aus Madrid. [...]

Im Zuge der schweren Wirtschaftskrise 2010 verpflichtete sich Madrid für die EU-Hilfen gegenüber Brüssel und Berlin zu einer strikten Spar- und Austeritätspolitik. „Mit fatalen Folgen für das öffentliche Gesundheitssystem“, sagt Padilla.

Um Personal zu sparen, wurden damals vor allem frei gewordene Stellen im Gesundheitswesen nicht neu besetzt. Allein in Madrid seien in sieben Jahren 3000 Stellen weggefallen, sagt Padilla.

„Das spanische Gesundheitssystem wurde in den vergangenen zehn Jahren kaputtgespart und das bekommen wir nun in der Corona-Krise zu spüren“, meint auch der spanische Gesundheitsexperte Alberto Gimenez.

Gravierend ist im Zuge der Corona-Pandemie vor allem die geringe Zahl von Betten auf den Intensivstationen. Spanien verfügt mit seinen 47 Millionen Einwohner gerade einmal über 4700 Intensivstationsplätze, auch wenn deren Zahl in den vergangenen Wochen durch provisorische Krankenhäuser erhöht wurde.

Zum Vergleich: In Deutschland gab es mit seinen über 80 Millionen Einwohnern zu Beginn der Krise rund 28.000 Intensivbetten. Mittlerweile wurden auch diese Kapazitäten aufgestockt.

Quelle: [Ärztezeitung](#)

### 5. **„Zeit der Virologen ist vorbei“: Rechtsmediziner fordert neuen Corona-Fokus**

Der Hamburger Rechtsmediziner Püschel untersucht viele Corona-Opfer. Sein Fazit: Covid-19 ist "eine vergleichsweise harmlose Viruserkrankung". Deshalb appelliert er an Kanzlerin Merkel, eine neue Phase der Virus-Bekämpfung einzuleiten. Virologen stehen dabei nicht mehr im Mittelpunkt.

Er untersucht mit seinem Team in Hamburg die Corona-Opfer: Nun hat der Hamburger Rechtsmediziner Klaus Püschel an Kanzlerin Angela Merkel appelliert, Deutschland langsam wieder aufzumachen. "Jetzt ist der richtige Zeitpunkt", sagt Püschel dem "Hamburger Abendblatt". "Die Zeit der Virologen ist vorbei. Wir sollten jetzt andere fragen, was in der Corona-Krise das Richtige ist, etwa die Intensivmediziner."

Quelle: [n-tv](#)

## 6. **Flatten two Curves: Corona und Klimaerwärmung**

In Zeiten der Covid-19-Pandemie: Sozial gestaltete Umweltpolitik nicht verdrängen (...)

Noch vor wenigen Wochen stand die Forderung nach Maßnahmen für eine bessere Umwelt im Zentrum der durch Demonstrationen getriebenen Politik. Die Bewegung „Fridays for Future“ brachte massenhaft vor allem Jugendliche zu Großdemonstrationen gegen die Klimakatastrophe und für einen radikalen ökologischen Umbau auf die Straße. Die Lage hat sich in Windeseile komplett verändert. Der unsichtbare Covid-19-Erreger hat die Straßen und öffentlichen Plätze leergefegt. Die Ländergrenzen und Kontinente übergreifende Ausbreitung der Infektion zu stoppen, zwingt dazu: Runter von den Straßen, zurück aus der Öffentlichkeit in die mehr oder wenig abgeschotteten Wohnungen. An die Stelle der kürzlich noch spürbaren Solidarität durch Menschen in Massen für die Umwelt dominiert jetzt das „Social Distancing“, also der Verzicht auf persönliche Nähe. Corona-Schock und Umweltkrise lösen bange Fragen aus. Ist das derzeitige Verbot von Großdemonstrationen ein böses Omen für den Kampf gegen die Klimakatastrophe? Wird jetzt der Bekämpfung der ökonomischen Krise ohne Rücksicht auf die ökologischen Folgen oberste Priorität eingeräumt? Wird der nach der Aufhebung des Shutdowns und der der Corona-Wirtschaftskrise folgende Boom ein neuer ökologischer Belastungsschub hingenommen? (...)

Sozialer Ausgleich innerhalb der Schutzschirme gegen die Folgen der Corona-Krise zusammen mit der sozialen Gestaltung der Politik zur Klimarettung sind alternativlos, aber auch machbar. Grundsätzlich zwingen die Corona- und Umweltkrise zu einer Neuvermessung des Generationenvertrages: Junge Menschen, die robuster auf die Covid-19-Erreger reagieren, üben durch den Shutdown mit den vielen Restriktionen Solidarität mit den durch ein hohes Risiko gefährdeten Älteren. Die heute Älteren wiederum üben mit aktiver Umweltpolitik Solidarität mit den Kindes- und



Kindeskindern. Ein „KlimaCorona-Generationenvertrag“ (Hans-Joachim Schellnhuber) ist die Antwort auf die doppelte Krise.

Quelle: [Rudolf Hickel in Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e.V.](#)

### **dazu: Corona - Ausdruck einer ökologischen Verbundkrise**

Klimawandel, Luft- und Gewässerverschmutzung, Monokulturen, Wohndichte und enge Käfighaltung von Tieren: Der Ursachen sind viele.

Red. Heinz Wanner ist Klimatologe (siehe die Angaben zur Person am Ende des Artikels). In seinem Gastkommentar macht er darauf aufmerksam, dass die Covid-19-Pandemie nicht nur isoliert erforscht und beurteilt werden darf.

Beim komplexen Zusammenwirken von negativen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ereignissen wird oft von einer Verbundkrise gesprochen.

Verbundkrisen haben die Eigenschaft, dass sich negative Faktoren kumulieren, zu nichtlinearen Folgewirkungen führen und bezogen auf Massnahmen und Prognosen nur schwer zu meistern sind. Angesichts der Komplexität der gegenwärtigen Coronakrise muss deshalb die Frage gestellt werden, ob es sich nicht auch hier um eine ökologisch gelagerte Verbundkrise handelt. Dabei könnte die momentane virale Pandemie als ein «End-of-Pipe-Phänomen» aufgefasst werden, das als Folgewirkung einer komplexen Wirkungskette aufgetreten ist, welche schliesslich die Entwicklung von Mikroben aller Art stark begünstigt.

Quelle: [Infosperber](#)

### **7. 'Infect the young and isolate those at risk' - One German scientist's plan to end the lockdown**

Prof Alexander Kekulé says the lockdown is in danger of going on too long and causing more damage than the virus

“It’s impossible to wait for a vaccine,” Prof Kekulé told The Telegraph. “The quickest we could have a vaccine ready is in six months. Based on experience, I’d say the reality is closer to a year. We can’t stay under lockdown for six months to a year. If we did that our society and our culture would be ruined.”

Prof Kekulé, the head of microbiology at Halle University, has been the Cassandra of Germany’s coronavirus crisis. As early as January 22, he called for travellers to be tested for the virus at airports and borders. He appeared on national television, but his warnings fell on deaf ears. Now the world is in the grip of a widespread pandemic: “If we had started testing and following the chains of infection in January, we could have contained the epidemic here without resorting to a lockdown,” he says. “If you can get to people by the time they’ve infected 20 people you can stop it. But by the time it’s 400, there’s no chance.” (...)

Thirdly, and most controversially, Prof Kekulé says we have to let the young get the virus.

“People under 50 are very, very unlikely to die or get seriously ill from the coronavirus,” he says. “We have to let them get infected so they can develop immunity.”

Essentially, this is a return to the herd immunity plan once backed by the UK and widely seen as discredited. But Prof Kekulé argues that once the outbreak is under control and hospitals are not overwhelmed, there is a place for it.

Children are least at risk so the lockdown should be lifted at schools and kindergartens first, he says — a plan already adopted by Denmark, which plans to reopen schools after Easter.

Quelle: [The Telegraph](#)

**Anmerkung Christian Reimann:** *Also haben wohl auch in Deutschland die Entscheidungsträger der Bundesländer - in Kooperation mit der Bundesregierung - erst zu spät und dann auch falsch entschieden. Bitte lesen Sie dazu auch [China bemüht sich um die Eindämmung der eingeschleppten Infektionen](#) mit einer Anmerkung.*

#### 8. **WHO-Schmusekurs mit China: Viel Lob und wenig Wachsamkeit**

Auch wenn es Kritik an Trumps Bruch mit der WHO gibt: Seine Ansicht, dass die Organisation zu China-hörig ist, teilen auch Experten. Wie problematisch das ist, hat sich gerade zu Anfang der Corona-Pandemie gezeigt.

Quelle: [Tagesschau](#)

**Anmerkung unseres Lesers G.R.:** *Einmal mehr gibt es auf tagesschau.de das übliche China-Bashing und einmal mehr heißt der Autor Steffen Wurzel. Und einmal mehr steht das, was er uns da verkaufen will, auf tönernen Füßen. Kronzeugen sind AP, das Merics-Institut und ein Hongkonger Medizinhistoriker und selbstverständlich - der Konjunktiv.*

#### 9. **Baden-Württemberg: Verschärfung des Polizeigesetzes während Corona-Krise**

In Baden-Württemberg steht die erneute Verschärfung des Polizeigesetzes an. Gerade jetzt, während der Corona-Krise, soll ein Gesetzesentwurf durchgebracht werden, der sich drastisch von den Ankündigungen der vergangenen Monate unterscheidet. Die Verabschiedung soll einmal mehr weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit passieren. Der Gesetzesentwurf wurde in den letzten Monaten an einigen Stellen



grundlegend verändert. Über die zuletzt durchgeführten inhaltlichen Änderungen ist bisher in der Presse weder umfangreich noch differenziert diskutiert worden. Auch deuten Rechtschreibfehler im neuen Gesetzesentwurf auf eine sehr hektische und ungenaue Arbeitsweise hin.

Nach der Verabschiedung des neuen Polizeigesetzes sollen umfangreiche Durchsuchungen von Personen und Sachen im Zusammenhang mit Veranstaltungen und Ansammlungen, der Einsatz von Body Cams in Geschäftsräumen und Wohnungen, sowie grundlegend ausgeweitete Videoüberwachung im öffentlichen Raum ermöglicht werden. Forderungen nach einer Kennzeichnungspflicht, wie sie die Grünen bereits vor Jahren versprochen, sowie unabhängigen Ermittlungsstellen zur Aufklärung von polizeilichem Fehlverhalten bleiben weiterhin ungehört.

Quelle: [Informationsstelle Militarisation e.V.](#)

**Anmerkung Christian Reimann:** Die vom grünen Ministerpräsidenten Kretschmann geführte Landesregierung hatte das neue Gesetz zuvor bereits beschlossen - darauf haben die NachDenkSeiten hingewiesen: [Mehr Befugnisse für die Polizei.](#)

**Anmerkung JK:** Sieht so aus als ob die schlimmsten Befürchtungen wahr werden. Durchsetzung repressiver Gesetze während des Ausnahmezustandes. Ganze vorne mit dabei natürlich die Grünen.

## 10. **Auf den Leim gegangen**

Corona-Exit-Plan Die Leopoldina steht in der Kritik, weil sie 2016 für Krankenhaus-Schließungen plädierte. Ausgerechnet der ARD-„Faktenfinder“ springt ihr zur Seite - und verrennt sich [...]

Vielleicht eignen sich manche Fragen nicht für den Faktenfinder, weil es hier zu sehr um Argumentationszusammenhänge geht, die sich einem „Faktencheck“ versperren. Insgesamt ist dieser Beitrag jedoch ein Griff ins Klo, weil er statt Fakten darzustellen, der Argumentationsstrategie auf den Leim geht, die in der offiziellen Gesundheitspolitik im Moment tonangebend ist.

Es geht los mit Wortklauberei: Die Thesen von 2016 seien gar keine „Handlungsempfehlungen der Leopoldina“, sondern lediglich ein „Autorenbeitrag von Wissenschaftlern“ gewesen. Man fragt sich: Was wollen uns die Faktenfinder damit eigentlich sagen?

Quelle: [der Freitag](#)

## 11. **Modeketten stornieren Aufträge: Textilarbeiterinnen vor dem Nichts**

Angesichts erwarteter Umsatzeinbrüche in der Corona-Krise haben internationale Einzelhandelsunternehmen ihre Aufträge bei Zulieferern storniert. Hunderttausende

Fabrikarbeiter in Asien sind damit nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) existenziell bedroht.

Betroffen sind der Organisation zufolge vor allem Näherinnen, die die Kleidung für sogenannte Fast-Fashion-Modeketten wie C&A oder H&M fertigen. "Arbeiterinnen haben ihre März-Löhne noch in vielen Fällen bekommen, aber ich denke, im April wird es ein völliges Chaos geben", sagte die HRW-Rechtsberaterin Aruna Kashyap der Nachrichtenagentur dpa. Viele Unternehmen hätten sogar die Order für bereits fertige Waren gestrichen. Für die Näherinnen und Näher in Kambodscha, Myanmar und Bangladesch bedeute das, dass sie für geleistete Arbeit keinen Lohn bekämen, denn ihren Arbeitgebern fehlten dafür die Auftragszahlungen.

Quelle: [Tagesschau](#)

## 12. **Nationaler Berufsbildungsbericht: Zahl der Ausbildungsbetriebe sinkt auf unter 20 Prozent**

Immer weniger Betriebe bilden Lehrlinge aus: Im vergangenen Jahr sei die Zahl der ausbildenden Unternehmen auf weniger als ein Fünftel gesunken, heißt es im neuen nationalen Berufsbildungsbericht, aus dem das "Handelsblatt" zitiert. Rund 25.000 Bewerber auf eine Lehrstelle gingen 2019 demnach leer aus.

Der Anteil der Ausbildungsbetriebe lag dem Bericht zufolge im vergangenen Jahr bei 19,7 Prozent - ein Rückgang von rund 3,5 Prozentpunkten im Vergleich zum Jahr 2009. Selbst von den großen Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern bildet demnach ein Fünftel gar keine Auszubildenden mehr aus.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

***Anmerkung unseres Lesers J.A.:** Unentschuldigbar, eine gesellschaftliche Fehlentwicklung ersten Ranges. Aber natürlich greift die Bundesregierung (seit vielen Jahren schon) nicht ein, weil ja "der Markt alles richtet". Und genauso sicher ist die absehbare (weitere) Klage der Arbeitgeber über den (angeblichen) Fachkräftemangel. Womit könnte das wohl zu tun haben - zu wenige Ausbildungsstellen vielleicht? Obwohl gleichzeitig allerorten geklagt wird, dass zu wenige junge Menschen auf den Arbeitsmarkt kämen?*

## 13. **Drohnen: Vorentscheidung im Juni 2020?**

Der „Bundesausschuss Friedensratschlag“ und die „Aktion Freiheit statt Angst“ weisen darauf hin, dass bis Juni 2020 mitten in der Coronakrise eine wichtige Weichenstellung in der Frage bewaffneter Drohnen erfolgen soll. In einer Mail wurde u.a. auf ein Schreiben des Verteidigungsministeriums (BMVg) an den MdB Karl-Heinz Brunner verlinkt, aus dem hervorgeht, dass eine „Beteiligungsphase“ vor allem in Form eines erstmal verschobenen öffentlichen Workshops erfolgen soll. Der Workshop

soll in jedem Fall wohl noch vor Juni 2020 stattfinden, da das BMVg bis zu diesem Zeitpunkt dem Bundestag ein „Diskussionspapier“ zuführen will, in dem mutmaßlich dann eine starke Präferenz für die Bewaffnung von Drohnen zum Ausdruck kommen dürfte. Das Prozedere wird vom BMVg in seinem Schreiben an MdB-Brunner jedenfalls folgendermaßen beschrieben: „Am Ende der Beteiligungsphase soll ein Diskussionspapier stehen, das bereits in der Entwurfsphase mit Ihnen geteilt und nach finaler Abstimmung voraussichtlich im Juni 2020 an den Deutschen Bundestag versandt werden soll. Dieses Papier könnte als Grundlage für die weitere Behandlung des Themas in den Gremien des Deutschen Bundestages herangezogen werden.“

Quelle: [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#)

#### 14. **Seemansgarn aus Venezuela**

Patrouillenboot soll deutsches Kreuzfahrtschiff gerammt haben und gesunken sein. So war es in deutschen Medien zu lesen. Stimmt so aber wohl gar nicht. Zwei Wochen nach einem skurrilen Zwischenfall in den Gewässern vor der venezolanischen Küste, bei dem ein Patrouillenboot der Marine des südamerikanischen Landes nach einer Kollision sank, ist das beteiligte Kreuzfahrtschiff RCGS Resolute nach wie vor in einer Werft im Hafen von Willemstad, Curaçao, arrestiert und vertäut. Offenbar wird es auf der niederländischen Überseeinsel zu einem sogenannten Seeamtsverfahren kommen. Dabei wird geklärt werden, wer für den Zusammenstoß in den frühen Morgenstunden des 30. März verantwortlich war.

Das alles könnte nun als karibische Provinzposse abgetan werden, wenn da nicht der mediale Umgang wäre. „Kriegsschiff rammt deutsches Passagierschiff - und sinkt“ schrieb Springers Bild, „Patrouillenboot rammt Kreuzfahrtschiff: Treffer... und selbst versenkt“, titelte der Berliner Tagesspiegel süffisant.

Beide - und andere - Redaktionen übernahmen ohne weitere Prüfung die Version des in Hamburg ansässigen Managements, weil sie schön passte:

Quelle: [Telepolis](#)

#### 15. **Was bleibt vom Bernie-Hype?**

Bernie Sanders hat nun auch offiziell erklärt, dass er sich aus dem Kampf um die Vorwahlen zurückzieht und seinen Kontrahenten Biden die Unterstützung im Kampf gegen Trump zugesagt. Nun gehört dieses Bekenntnis zu den Ritualen bei US-Vorwahlen. Tatsächlich trifft Trump jetzt auf seinen Wunschkandidaten, der genau wie vor vier Jahren Hillary Clinton aus dem alten Polit-Establishment kommt, das sehr darauf erpicht ist, dass nur wenige dort hineinkommen. [...]

Von Biden ist nicht nur bekannt, dass er in der Ukraine seinen Sohn auf einen lukrativen Posten brachte, sondern dass er sich wahrscheinlich mehr als Trump in die dortige Politik einmischte. Sogar mit einem versuchten Mordanschlag auf den

ehemaligen ukrainischen Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin wird Biden in Verbindung gebracht, nicht von Trump, sondern von Schokin selber. [...]

Die Zusammenhänge werden sich wahrscheinlich nie ganz klären lassen (Ukraine: Die subtile Außenpolitik der USA. Ex-Vizepräsident Biden plaudert reflexionslos darüber, wie man in Washington eigene Interessen durchsetzt). Doch Biden ist eben mit seinen vielen Skandalen ein handhabbarer Kandidat für den Parteiapparat. Das war der große Unterschied zu seinem Konkurrenten. Sanders war im Apparat nicht verhasst, weil dort jemand glaubte, er würde die USA sozialistisch machen, sondern weil er ohne bekannte Skandale und Affären schwerer beeinflussbar gewesen wäre. Das ist der zentrale Grund, warum ein Präsidentschaftskandidat Sanders unbedingt verhindern werden sollte, vor 4 Jahren genauso wie 2020.

Quelle: [Telepolis](#)